

An Herrn Landrat Reuter

im Hause

über Kreistagsbüro



Göttingen, 18.01.2017

Antrag zum Kreistag am 22.02.2017

50 Flüchtlinge aus griechischen Camps in den Landkreis Göttingen!

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag erklärt sich bereit, sofort und auf schnellstem Weg 50 geflüchtete Menschen, die sich gegenwärtig in Griechenland aufhalten, zusätzlich zu den vom Land zugewiesenen Flüchtlingen in den Landkreis Göttingen aufzunehmen. Dies soll vom UNHCR (Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen) begleitet und vom Land Niedersachsen möglich gemacht werden.

Der Kreistag bittet außerdem das Niedersächsische Innenministerium, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie das European Asylum Support Office (EASO) darauf hinzuwirken, dass zusätzlich Familienmitglieder von im Landkreis lebenden Geflüchteten und ihnen nahestehende Personen, die derzeit in Griechenland unter unwürdigen Bedingungen leben, schnell mit ihren Angehörigen im Landkreis zusammengeführt werden.

Begründung:

Geflüchtete erfrieren in diesen Tagen in Lagern in Griechenland. Ein heftiger Wintereinbruch mit Minusgraden führt zu unvorstellbaren Verhältnissen für die festsitzenden Flüchtlinge in den überfüllten Camps, besonders auf den Inseln Samos, Chios und Lesbos, darunter viele Kinder und besonders schutzbedürftige Personen. Die Stromversorgung und Gasversorgung bricht an einigen Stellen zusammen. Gleichzeitig

wird in etlichen Camps gehungert. Die Lage für die Menschen in den griechischen Lagern ist verheerend. Schnelle und unbürokratische Hilfe ist nötig. Griechenland befindet sich in einer schlimmen Krise und kann die Not der Flüchtlinge nicht lösen. Deshalb sollen Flüchtlinge von dort umgehend in unseren Landkreis geholt werden. Im September 2015 hat die EU-Kommission die Relocation von 160.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien innerhalb von zwei Jahren beschlossen. Deutschland hatte zugesichert insgesamt 27.500 Geflüchtete aus Griechenland und Italien bis Sommer 2017 aufzunehmen. Bislang hat Deutschland aber lediglich vier Prozent der zugesagten Flüchtlinge aufgenommen. Konkret sind das 1.095 Asylsuchende.

Der Grund für die geringe Zahl ist die Weigerung des Kanzleramts und des Innenministeriums, adäquate monatliche Aufnahmequoten an Griechenland und Italien zu melden. In den monatlichen Berichten der EU-Kommission wird Deutschland regelmäßig dafür kritisiert.

Während die europäischen Staats- und Regierungschefs alles tun, um möglichst wenige Flüchtlinge aufzunehmen, sieht es in den Städten und Gemeinden aber häufig anders aus. Initiativen bewerkstelligen kommunal, was die Politik auf Bundesebene nicht schafft: Die schnelle, direkte Aufnahme von Schutzbedürftigen aus Griechenland. Selbstorganisierte Geflüchtete, Initiativen von UnterstützerInnen aus dem Wendland, aus Essen, Osnabrück, Wuppertal, Mannheim, Neustadt an der Weinstraße und anderen deutschen Städten sehen schon seit längerer Zeit diesem Zustand nicht mehr tatenlos zu. Sie rufen zur Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland auf und fordern Kommunen, Landes- und Bundesregierung auf, sich bereit zu erklären, diesen einen sichereren Aufenthaltsort zu ermöglichen. In Spanien haben Barcelona und andere Städte die Aufnahme von Flüchtlingen angeboten. Wir verweisen auf einen Ratsbeschluss aus dem Sommer in Osnabrück, in dem mit großer Mehrheit die Aufnahme von 50 Flüchtlingen aus Idomeni beschlossen wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Eckhard Fascher